

10.21 Eidgenössische Volksinitiative «Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre (Abschaffung der Pauschalbesteuerung)»

- 2011, 5. März: Die Alternative Linke (AL Schweiz) beschliesst, eine eidgenössische Volksinitiative «Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre (Abschaffung der Pauschalbesteuerung)» ([13.057](#)) zur Abschaffung der Aufwandbesteuerung zu lancieren. Die AL Schweiz macht geltend, die Pauschalbesteuerung von reichen Ausländerinnen und Ausländern stehe in krassem Widerspruch zum Verfassungsgebot, wonach jeder Steuern nach seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zahlen soll. Die Pauschalsteuer verletze zudem die Rechtsgleichheit und heize den ungesunden Steuerwettbewerb unter den Kantonen an.

Die Unterschriftensammlung beginnt am 19. April 2011.

Diese Initiative hat folgenden Wortlaut:

I. Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 127 Abs. 2bis (neu)

^{2bis} Steuerprivilegien für natürliche Personen sind unzulässig. Die Besteuerung nach dem Aufwand ist untersagt.

II. Die Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung werden wie folgt geändert:

Art. 197 Ziff. 9 (neu)

9. Übergangsbestimmung zu Art. 127 Abs. 2bis (Grundsätze der Besteuerung)

1 Der Bund erlässt innert drei Jahren nach Annahme von Artikel 127 Absatz 2bis die Ausführungsgesetzgebung.

2 Falls innert dieser Frist kein Ausführungsgesetz in Kraft gesetzt wird, findet Artikel 127 Absatz 2bis direkt Anwendung.

Die Initianten haben bis zum 19. Oktober 2012 Zeit, die nötigen 100'000 Unterschriften zu sammeln.

- 2012, 19. Oktober: Die eidgenössische Volksinitiative «Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre (Abschaffung der Pauschalbesteuerung)» wird mit 103'353 Unterschriften bei der Bundeskanzlei eingereicht.
- 2012, 22. November: Die Bundeskanzlei teilt mit, dass die Volksinitiative «Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre (Abschaffung der Pauschalbesteuerung)» mit 103'012 gültigen Stimmen formell zustande gekommen ist.
- 2013, 8. März: Der **Bundesrat** lehnt die Volksinitiative zur Abschaffung der Aufwandbesteuerung ab. Er hat an seiner heutigen Sitzung das Eidgenössische Finanzdepartement beauftragt, eine entsprechende Botschaft auszuarbeiten. Der Bundesrat weist in seiner Begründung insbesondere auf den Beschluss von National- und Ständerat vom Herbst 2012 zur Verschärfung der Aufwandbesteuerung hin. Die Abschaffung der Aufwandbesteuerung würde von diesem Beschluss abweichen (*siehe [Medienmitteilung](#)*).
- 2013, 26. Juni: Die Aufwandbesteuerung ist nach Ansicht des Bundesrates ein wichtiges standortpolitisches Instrument mit volkswirtschaftlicher Bedeutung. Der **Bundesrat** empfiehlt die Volksinitiative «Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre (Abschaffung der Pauschalbesteuerung)» deswegen zur Ablehnung. In seiner Botschaft hält er unter anderem fest, dass die Aufwandbesteuerung erst kürzlich revidiert und von den eidgenössischen Räten im Herbst 2012 verabschiedet wurde. Mit dieser Revision wurde ein ausgewogener Kompromiss zwischen Steuergerechtigkeit und Standortattraktivität erzielt, der nicht bereits wieder in Frage gestellt werden sollte (*siehe [Medienmitteilung](#)*).

- 2013, 5. Dezember: Der **Ständerat** empfiehlt die Volksinitiative «Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre (Abschaffung der Pauschalbesteuerung)» zur Ablehnung.
- 2014, 6. Mai: Der **Nationalrat** empfiehlt die Volksinitiative «Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre (Abschaffung der Pauschalbesteuerung)» ebenfalls zur Ablehnung.
- 2014, 20. Juni: In den **Schlussabstimmungen** beschliessen der Nationalrat mit 135 zu 62 Stimmen (bei 1 Enthaltung) und der Ständerat mit 30 zu 13 Stimmen (bei 2 Enthaltungen), die Volksinitiative «Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre (Abschaffung der Pauschalbesteuerung)» zur Ablehnung zu empfehlen.
- 2014, 6. Oktober: Der **Bundesrat** lehnt die Volksinitiative «Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre (Abschaffung der Pauschalbesteuerung)» ab. Die Initiative beeinträchtigt die Standortattraktivität der Schweiz und beschränkt die Finanzautonomie der Kantone (*siehe [Medienmitteilung](#)*).
- 2014, 30. November: Die Volksinitiative «Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre (Abschaffung der Pauschalbesteuerung)» wird in der **Volksabstimmung** von 59,2 % der Stimmenden sowie der Mehrheit der Kantone abgelehnt.